



LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN
Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Westerhagen 34
D-30890 Barsinghausen
Tel.: 0171 5255645
E-Mail: landesnetzwerk-nds.bsa@gmx.de

LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN

Offener Brief

Vorab per Fax : 0511-1202382

LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Michael Hettwer ▪ Westerhagen 34 ▪ D-30890 Barsinghausen

Barsinghausen, 25.05.2012

Persönlich / Eigenhändig

Herrn Minister
Gert Lindemann
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft,
Verbraucherschutz und Landesentwicklung
Calenberger Straße 2

30169 Hannover

Ein breites Bündnis von Bürgerinitiativen, Umwelt-, Tier- und Naturschutz-Verbänden aus ganz Niedersachsen fordert Moratorium von Genehmigungsverfahren zum Bau von Massentierhaltungsanlagen

Sehr geehrter Herr Minister Lindemann,

über 100 Bürgerinitiativen, Verbände und Organisationen, die sich am 19.05.2012 in Großenkneten zum **LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN Bauernhöfe statt Agrarfabriken** zusammengeschlossen haben und mehr als 250.000 Unterstützer in Niedersachsen hinter sich wissen, fordern Sie auf, alle derzeit laufenden Genehmigungsverfahren in Niedersachsen zum Bau und zur Erweiterung von industriellen Tierhaltungsanlagen zu stoppen.

Die derzeitige Genehmigungspraxis (im Zweifel für den Antragsteller) für Tierhaltungsanlagen nach industriellen Maßstäben widerspricht den derzeit geltenden Standards des Gesundheitsschutzes, des Naturschutzes, des Gewässerschutzes, des Tierschutzes, des Klimaschutzes und des Baurechts sowie den neuesten veröffentlichten wissenschaftlichen Studien.

Dies muss im Sinne einer Umwelt verträglichen und damit zukunftsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft dringend überarbeitet und geändert werden.

Für eine umfassende Beurteilung dürfen fehlende Bewertungsrahmen nicht wie bislang üblich eine Genehmigung rechtfertigen, sondern müssen unter Ansatz des Vorsorgeprinzips eine Ablehnung zur Folge haben.

Bevor Genehmigungsverfahren wieder aufgenommen werden, müssen folgende Punkte erfüllt sein:

1.

Die neuesten Erkenntnisse bezüglich der Ausbreitung von Keimen und Bioaerosolen aus Tierhaltungsbetrieben müssen in gesetzliche Bewertungsrahmen einfließen.

Dazu ist auf der Grundlage von aktuellen Erkenntnissen ein Kriterienkatalog zu erstellen. Die Haltungsbedingungen müssen eine Antibiotika freie Haltung generell ermöglichen.

Ställe sind so zu konzipieren, dass die praktizierte Haltungsform die Gesundheit der Tiere während eines Mastdurchganges in der Regel ermöglicht und nur in Ausnahmefällen (=Krankheitsfällen) einen Medikamenten- und speziell Antibiotika-Einsatz erfordert. Nur ein Antibiotika freier Regelbetrieb bietet Menschen und Tieren den dringend notwendigen Schutz vor einer weiter beschleunigten Ausbreitung von multiresistenten Keimen.

2.

Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung muss dahingehend überarbeitet werden, dass die artgemäßen Verhaltensweisen zu jeder Zeit des Mastdurchganges ermöglicht werden. Dies führt zwangsläufig dazu, dass den Tieren mehr Platz und Auslauf eingeräumt wird.

3.

Es muss eine Novellierung des Bundesbaugesetzes erfolgen, die das privilegierte Bauen im Außenbereich neu regelt und agrarindustrielle Tierhaltungsanlagen sowie solche, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen sind generell von der Privilegierung ausnimmt und verträgliche Obergrenzen für die Größe von Zucht-, Milcherzeugungs- und Mastbetrieben setzt.

Diese Obergrenzen müssen mit Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen sowie Vertretern der Bürgerinitiativen-Netzwerke abgestimmt sein und sich an den Grenzen, die das BImSchG vorgibt, orientieren. Den aktuell vorliegenden Entwurf für eine Novellierung des Baugesetzbuches sehen wir als unzureichend an, weil er die kürzlich erhöhten Schwellenwerte zur Umweltverträglichkeitspflicht (UVP-Pflicht) zu Grunde legt, weil er bisher nur für gewerbliche Betriebe gilt und weil die geforderte Futterflächengrundlage bisher nicht zum wirklichen Anbau von 50% des Futters verpflichtet.

Bitte setzen Sie sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine umgehende Novellierung ein.

4.

In jedem Genehmigungsverfahren muss verpflichtend ein schlüssiges Gutachten zum technischen Brandschutz, zum Havariefall inklusive realistischer Evakuierungspläne vorgelegt werden. Es müssen entsprechende Beurteilungsrahmen erstellt werden, die u. a. §20 NBauO gerecht werden, nach dem im Brandfall eine Rettung von Mensch und Tier möglich sein muss. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass die Tiere im Havariefall (der in der NBauO nicht geregelt ist) durch Ausfall technischer Systeme nicht zu Schaden kommen.

5.

Die Genehmigungsbehörde muss vom Ministerium angewiesen werden, den Erfordernissen des Schutzes von Grund- und Oberflächenwasser höchste Priorität einzuräumen und konkrete „qualifizierte Flächennachweise“ von Gülle, Mist, Trockenkot und ggf. Gärresten einzufordern und zu kontrollieren.

6.

Die Genehmigungspraxis muss kohärent zur Entwicklungshilfepolitik sein. Dazu gehört, dass kein genmanipuliertes Soja z. B. aus Südamerika verwendet wird. Die ausschließliche Verwendung heimischer Futterpflanzen, die überwiegend im eigenen Betrieb erzeugt werden, muss verpflichtend sein.

7.

Marktungleichgewichte müssen abgebaut werden: Prämienzahlung der EU müssen an Leistungen für die Umwelt und den Tierschutz gekoppelt werden. Darüber hinaus müssen Subventionen für den Export tierischer Produkte gestoppt werden.

Wir fordern Sie eindringlich auf, sich für diese Ziele im Sinne einer Umwelt verträglichen bäuerlichen Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung und gesunder Lebensmittel einzusetzen und erlauben uns den Hinweis, dass diese Thematik unbedingt „Chefsache“ sein muss.

Sehr gerne würden Ihnen Vertreter des Landesnetzwerk Niedersachsen Bauernhöfe statt Agrarfabriken unsere Positionen in einem persönlichen Gespräch weiter erläutern und begründen. Um einen solchen Gedankenaustausch und Terminvorschlag bitten wir Sie hiermit.

Mit großem Interesse erwarten wir Ihre detaillierte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Hettwer

Als Sprecher für den Kreis der Sprecher/innen des
LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN Bauernhöfe statt Agrarfabriken